

Das lustlose Wunderkind

VON JOSEF JOFFE

Unter dem Motto „Wunderkind, 40 Jahre alt“ zeigte der britische *Economist* auf seinem Titelblatt jüngst eine Symbolfigur des Deutschen: das Gesicht vom Wohlstand aufgeschwemmt, der Blick nach innen gekehrt, der Ausdruck nachdenklich bis mürrisch. Der dazugehörige Leitartikel sorgt sich um die Bundesrepublik: Das Land der Nachkriegsdynamik ist „statisch“ geworden; sehr bald könnte es im Vergleich zu seinen Nachbarn ein „Krankheitsfall“ sein. Das *Wall Street Journal*, die größte überregionale Zeitung Amerikas, sagt's noch pointierter: „Nach 40 Jahren sind die Westdeutschen vorsichtig, selbstzufrieden und selbstgefällig geworden.“ Es gelte die Devise: „*Boring is beautiful*“ – langweilig ist wunderbar.

Sehen die anderen, was wir nicht sehen? Oder ist es Unwissen, gar Mißgunst, die ihnen den Blick trüben? Ist denn nicht diese Republik ein Musterländle im Bundesformat – ohne Slums, Obdachlose und Klassenkampf, gesegnet mit sauberen Städten, breit verteiltem Wohlstand, einem vorbildlichen Sozialnetz und freiheitlichen Institutionen – kurzum das beste Deutschland, das es je gab? Eine amerikanische Studie hat es sogar bis hinters Komma ausgerechnet: Auf der Liste der Länder, wo es „sich am besten lebt“, landete die Bundesrepublik auf Platz zwei, übertroffen nur von Dänemark.

Unübersehbare Schwächesignale

Und doch sind die Schwächesignale nicht zu übersehen. Der Sockel der Arbeitslosigkeit (derzeit acht Prozent) ist schon so alt, daß er kaum noch wahrgenommen wird. Das Wachstum stagniert seit Jahren an der Zwei-Prozent-Marke (in den sechziger Jahren waren es noch fünf Prozent). Die großen Firmen tragen ihre Milliarden-Reserven lieber zur Bank oder ins Ausland; die Investitionsneigung fällt, die Lohnstückkosten wachsen viel schneller als in England, Japan und den USA. Ist dem Wirtschaftswunderkind die Luft und die Lust ausgegangen?

Wenn sich Probleme festfressen, zeugen sie von mangelnder Anpassungsfähigkeit. Vergleicht man die fünfziger mit den achtziger Jahren, wird die Sache noch plastischer. Die vielgeschmähte „Adenauer-Restauration“ mutet heute geradezu „revolutionär“ an. Damals wurde ja nicht bloß ein zerstörtes Land aufgebaut. Soziale Verwerfungen wurden aufgefangen, gegen die ein „Rheinhausen“ wie ein Routinefall erscheint. Zwölf Millionen Flüchtlinge (neun aus dem Osten, drei aus der DDR) wurden ohne viel Aufhebens integriert, obwohl dabei so mancher „Besitzstand“ ins Wanken geriet. Traditionelle Märkte, die im Osten verlorengegangen waren, wurden mit Mut und Einfallskraft im Westen erobert. Heute aber beschwören schon ein paar Asylanten den Untergang des Vaterlands herauf; heute haben Firmen wie Siemens zweistellige Milliardensummen auf dem Konto und klagen über die „saturierten“ Märkte.

„Berechenbarkeit“, „Absicherung“ und „Besitzstandswahrung“ sind die Leit- und Sinnworte der achtziger Jahre geworden. Sie einen eine Gesellschaft, die laut OECD im Vorjahr 78 Milliarden Dollar, direkt oder indirekt, für Subventionen ausgegeben hat, sie läßt sich allein damit den sozialen Frieden fast dreimal soviel kosten wie die (militärische) Verteidigung. Der Status quo ist den Deutschen kostbar geworden, und das zeigt allein schon ein Blick auf die beiden großen Parteien. In ihrem Kern ist sowohl die „linke“ SPD als auch die „rechte“ Union konservativ, und die beiden vertreten immerhin vier Fünftel des Wahlvolkes. Keine von beiden denkt daran, ihrer Klientel den Wandel zu predigen, Verkrustungen zu knacken, Überkommenes aufzubrechen – und mit gutem Grund: So sind keine Stimmen zu gewinnen. Da mag es kein Zufall sein, daß der neue SPD-Hymnus nicht mehr den Aufbruch zur „Sonne, zur Freiheit“, sondern nur noch das „weiche Wasser“ zelebriert, das den Stein bekanntlich sehr langsam zermürbt.

Der ungeschriebene Sozialvertrag läßt im Grunde nur Wandel zu, wo er nicht auf Kosten des Bestehenden geht. Die Sozialwissenschaftler haben ein Wort dafür: „Neo-Korporatismus“, den Neuen Ständestaat. Dieser Begriff umschreibt eine Gesellschaft, die in Großgruppen – Verbände, Gewerkschaften – mit Vetoanspruch zerfällt. Besitzen sie die kritische Masse und einen hohen Organisationsgrad, können sie ihren Anspruch verwirklichen: Stahlarbeiter, Bauern, Einzelhandelsverbände – zu beobachten an Rheinhausen, dem Agrar-Subventions-Moloch, dem Ladenschluß. Gibt es viele solcher Gruppen – und kaum ein Volk ist besser „organisiert“ als die Westdeutschen –, entsteht ein „multiples Vetosystem“, will sagen: Ein jeder kann jeden blockieren, Wandel spielt sich nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ab.

Das hat einen unbestreitbaren Vorteil, um den die Welt die Westdeutschen jahrelang beneidet hat, und der heißt „sozialer Frieden“: ein hoher Grad von Verteilungsgerechtigkeit, wenige Streiks, kaum Gruppen (mit der beschämenden Ausnahme der Gastarbeiter), die im permanenten Abseits stehen. Die dunkle Kehrseite der Medaille aber heißt erstens Verkrustung, zumal in einer Zeit wirtschaftlicher Stagnation, in der ein entwurzelter Stahlkocher nicht mehr einen besserbezahlten Job in der Autoindustrie findet, in der das Füllhorn des Staates dieser Gruppe nicht mehr ihr Opfer versüßen kann, ohne dabei jener etwas zu rauben. Zweitens entsteht ein Defizit an Gerechtigkeit: Wer nicht schlagkräftig organisiert ist – Konsumenten oder Arbeitslose –, der fällt durch den Rost. Was nützt es den erwerbstätigen Frauen, daß sie zehn Millionen stark sind? Der Laden bleibt nach 18 Uhr trotzdem dicht, weil es Gewerkschaft und Verband so wollen. Flexiblere Arbeitszeiten, deren Verkür-

zung ohne vollen Lohnausgleich, ein weniger rigides Arbeitsrecht würden so manchen von der Straße holen – doch was sind zwei Millionen namenlose Arbeitslose gegen das hochorganisierte Potential der Arbeitshabenden?

Die Neue Beharrung

Die Neue Beharrung ist verständlich, haben die Deutschen doch in einem Menschenalter mehr Beben verkraften müssen als andere Völker in Jahrhunderten: fünf politische Systeme von Wilhelm II über Weimar und Hitler zu Ulbricht und Adenauer; zwei Kriege, die das Bestehende davongefegt haben; zwei Geldentwertungen (1923 und 1948), welche brutal die Besitzverhältnisse durcheinanderwirbelten. Dennoch wünscht man sich angesichts der phantastischen Daseinssicherung in diesem Lande weniger Angst und mehr Beweglichkeit – muß man sie wünschen.

Denn die Welt bewegt sich auch ohne die Deutschen weiter. Was den Privilegierten schützt – etwa das einbetonierte Arbeitsrecht –, hilft nicht dem Arbeitslosen vor der Tür: In guten Zeiten zahlen die Firmen lieber bei Überstunden drauf als Neue anzustellen, die in schlechten Zeiten nicht mehr entlassen werden können. Unübersehbar ist der unaufhaltsame Trend zur Service- und Freizeit-Gesellschaft. Doch was nützt die Freizeit, wenn nicht Dienstleistungen – vom Buchladen bis zum Baumarkt – dann verkauft werden, wenn der Kunde es will? Das makro-ökonomische Instrumentarium ist abgestumpft: Auch die kräftigste Konjunkturspritze hilft den Werften in Bremen nicht auf die Beine; sie schürt allenfalls die Inflation in Boom-Städten wie Stuttgart. Doch mikro-ökonomische Reform – in der Arena der Firmen und Märkte – erfordert Wagemut und ein Maß an Konfliktbereitschaft: Da müssen geschützte Räume der Konkurrenz geöffnet und überkommene Regeln gelockert werden; da muß nicht Beharrung, sondern Beweglichkeit belohnt werden; da gilt es, die Idee des Wandels überhaupt gesellschaftsfähig zu machen. Sonst behält der *Economist* recht, wenn er schreibt: „Das Wunderkind, 40, ist ein Sorgenkind.“

4 e